

# BastA!

Basels starke Alternative

WAHLEN

## Mehr von uns ist besser für (fast) alle!



Zum Auftakt des Grossratswahlkampfes veranstaltete die Liste 8 eine Medienkonferenz, um über die Inhalte ihrer Kampagne zu informieren und das Kampagnenmaterial vorzustellen. Präsentiert wurden die Schwerpunkte „Global denken, lokal handeln“, „Offenheit leben, Entschlossenheit zeigen“, „Ego ist kein Modell für morgen“ und „Recht auf Wohnen, Recht auf Luft“ - allesamt wichtige und grundlegende Themenbereiche, die von den RednerInnen mit politischen Inhalten gefüllt und mit konkreten Forderungen illustriert wurden. Bei der nachfolgenden Fragerunde für die JournalistInnen ergriff ein Medienvertreter das Wort. Er bedankte sich in herablassendem Ton für die „ideologischen Ausführungen“ und fragte, ob wir denn auch noch andere politische Ziele hätten, als „die Welt zu retten“.

Wir könnten diesen (misslungenen) Versuch

eines Journalisten, sich über unsere politischen Inhalte und Ziele lustig zu machen, nun einfach so stehen lassen: Ja, wir wollen die Welt retten, denn es ist höchste Zeit dafür!

Das konkrete Beispiel des geplanten Hafenausbaus zeigt auf, wieso es einen radikalen Systemwechsel braucht, welche Rolle dabei die lokalen politischen Kräfte spielen und wieso es unbedingt mehr BastA! im Grossen Rat braucht.

### Dringende Probleme verlangen einen Systemwechsel

Wir wollen eine andere Welt, eine gerechte, solidarische Welt, in der die Menschen zu einander und zu ihrer Umwelt Sorge tragen. Wir wollen eine Welt, in der nicht das Profitdenken über alles herrscht, in der nicht wenige Reiche immer reicher und viele Arme immer ärmer werden, wir wollen

Mutationen an:  
Postfach 225  
4005 Basel

AZB  
4005 Basel



Grossratswahlen: Zukunft jetzt!



Abstimmungsparolen



#Klimaboss

Seite 7

Freitag, 25. September 18:00 Uhr  
**Grillplausch in Riehen, Sarasinpark**

Montag, 28. September 19:00 Uhr  
**Koordination**

Dienstag, 13. Oktober 19:00 Uhr  
**Mitgliederversammlung, Union  
 Klybeckstrasse 95, oberer Saal**

Montag, 19. Oktober 19:00 Uhr  
**Koordination**

25. Oktober  
**Gesamterneuerungswahlen & Wahlfest  
 des Bündnisses Grüne, BastA!, jgb**

02. November 19:00 Uhr  
**Koordination**

Samstag, 07. November  
**Workshop zur geplanten Statutenänderung  
 - für mehr Mitwirkung, Gewerkschaftshaus**

Dienstag, 17. November 19:00 Uhr  
**Mitgliederversammlung, Union  
 Klybeckstrasse 95, oberer Saal**

**MITGLIED WERDEN**

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

**IMPRESSUM**

Nr 03/2020

**Redaktion:** Franziska Stier, Martin Flückiger, Till Kleisli, Mariann Gloor

**Layout & Bildredaktion:** Till Kleisli, Franziska Stier

**Auflage:** 1200

**Druck:** Rumzeis Basel

**Herausgeber:** Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

**E-Mail:** sekretariat@basta-bs.ch

**Telefon:** 061 / 691 16 31

**Konto:** PC 40-31244-5

gemeinsam für ein gutes Leben für Alle sorgen.

Für diese andere, bessere Welt kämpfen wir nicht erst seit der Coronakrise und auch nicht erst, seit die Klimastreiks aufgekommen sind. Die Pandemie mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen und auch die zunehmende Dramatik der Klimaerhitzung wirken aber wie eine Lupe. In aller Deutlichkeit wird uns vor Augen geführt, dass „Pflasterlipolitik“ nichts bringt. Es braucht einen radikalen Systemwechsel und es braucht auch in der lokalen Politik Kräfte, die diesen Systemwechsel voranbringen.

**Schluss mit „Pflasterlipolitik“**

Als Beispiel für diese „Pflasterlipolitik“ sei die Erweiterung des Hafens (Gateway Basel Nord, Hafenbecken 3) genannt. Ausser BastA! und dem jgb befürworten sämtliche Parteien aus dem links-grünen Lager dieses Vorhaben, das geschätzt viermal mehr Güterverkehr als heute ins Gebiet des Hafens bringen würde. Sie argumentieren, dass dank Gateway Basel Nord das zunehmende Verkehrsaufkommen zu einem Teil auf die Schiene verlagert werden könne und verkaufen ihre Position als klimafreundlich. Fakt ist, dass voraussichtlich nur die Hälfte des zusätzlichen Verkehrs auf die Schiene verlegt werden kann. Fakt ist auch, dass dieses Mega-Projekt Rahmenbedingungen für ein höchst schädliches Wirtschaftswachstum schaffen soll.

Das links-grüne Ja zum Gateway Basel Nord ist also nichts anderes als eine Kapitulation, denn es wird nicht das Grundübel angegangen, sondern es wird versucht, ein Pflasterchen auf die schwelende Wunde zu kleben. Für BastA! war es spätestens nach dem „Haus der Politik“ zum Rheinhafen im Januar 2020 völlig klar, dass dieses Projekt mit allen Mitteln bekämpft werden muss.

**Eine neue Form des Wirtschaftens**

Das BastA!-Nein zum Hafenbecken 3 beruht nicht nur auf der Sorge um die für die Biodiversität äusserst wertvolle Naturfläche, die ohne adäquaten Ersatz zerstört werden soll. Wir sind überzeugt, dass es nichts bringt, das ungebremste Wirtschaftswachstum einfach ein wenig zu kanalisieren, wir stellen dieses Wirtschaftswachstum grundsätzlich in Frage und kämpfen für eine neue Art des Wirtschaftens.

Der drohende Klimawandel und die soziale und wirtschaftliche Krise aufgrund der Corona-Pandemie machen vielen Menschen Angst. Wir haben nicht für alle Probleme eine Lösung, aber wir wissen, in welche Richtung wir die Wirtschaft und die Gesellschaft weiter entwickeln möchten.

Wir engagieren uns für die Umverteilung des Reichtums, für die internationale Solidarität, für eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit und würdige Löhne, für offene Grenzen, für die Abkehr vom Wachstumszwang, für Netto 0-Emissionen und für vieles mehr. Wir sind unbequem und wir scheuen uns auch nicht, sowohl den Bürgerlichen als auch den links-grünen Pflasterlipolitiker\*innen auf die Füsse zu treten. Denn wir möchten die Welt retten...

Deshalb braucht es mehr BastA! im Grossen Rat.



Heidi Mück, Co-Präsidentin BastA!, Grossratskandidatin im Kleinbasel

**GRILLPLAUSCH**  
**BASTA! TRIFFT RIEHEN: FR. 25.09. 2020**  
**AB 18 H IM SARASIN PARK**  
 SALATE, GETRÄNKE UND GRILL VOR ORT

# Im Westen viel Neues



Der Westen erwacht langsam aus seinem Dornröschenschlaf und begeistert mit seiner Lebendig- und Vielfältigkeit. Und genauso vielfältig wie die Bewohner\*innen in den Quartieren, sind auch die Themen, die die Quartiere bewegen. Während das Bachletten mehr Durchmischung gebrauchen könnte, kämpft das St. Johann gegen Luxus-sanierungen und Neubauten, welche die Mietpreise erhöhen. Aber drei Themen beschäftigt alle Quartiere im Westen: Verkehr, Wohnen und öffentliche Plätze.

## Viel Verkehr für wenige

Noch in den 50er Jahren verstand man unter „Aufwertung“ eines Quartiers in erster Linie die Ausweitung des Strassennetzes für Autos. Mit dem Ergebnis, dass vor allem im Westen - durch den Autobahnanschluss - verkehrsreiche Strassen und Plätze entstanden. Seit längerem gibt es ein Umdenken und Nachdenken darüber, wie viel Auto in einer Stadt sinnvoll ist. Erste Massnahmen in diese Richtung wurden bereits ergriffen, die Umsetzung geht aber nur zäh voran. Beispielsweise ist die Verkehrsführung am Voltaplatz ein Hohn für den Langsamverkehr.

Hier braucht es dringend nachhaltige Lösungen, die eine umweltfreundliche Mobilität, zu Fuss und mit dem Velo, in Kombination mit einem gut ausgebauten ÖV, zulässt. Es braucht mehr autofreie Strassen, damit Begegnungszonen entstehen können. Es braucht aber auch mehr 30er Zonen überall dort, wo Schulwege durchführen. Nicht nur der Bodenverkehr beschäftigt den Westen. Die Belastungsgrenze des Fluglärms für die Anwohnenden im Neubad-Quartier und Agglo-

meration ist längstens erreicht. Es braucht eine konsequente Nachtflugsperrung, wie dies bereits in Kloten der Fall ist.

## Viel Wohnraum für alle

Dass sich das St. Johann in den letzten Jahren als zahlbare und beliebte Wohngegend für junge Menschen und Familien etablieren konnte, zeigt sich daran, dass die Schulinfrastruktur wiederholt ausgebaut werden musste. Doch noch immer gibt es im Westen zu wenig Turnhallen und Hallenbäder für den Schul- und Vereinssport. Dringender Handlungsbedarf besteht auch bei Neu- und Umbauten, die in erster Linie teureren Wohnraum schaffen und langfristig zur Verdrängung der bisherigen Quartierbevölkerung, vor allem Familien, führt. Bezahlbare Wohnungen für wenig Verdienende sucht man auch im Bachletten vergebens. Es braucht mehr gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbau im Westen und Massnahmen zum Schutz von günstigem Wohnraum. Auch für mehr Diversität und Durchmischung.

## Viel Mitbestimmung bei städtebaulichen Entwicklungen

Nebst bezahlbarem Wohnraum beschäftigt den Westen die Sorgfalt bei den städtebaulichen Entwicklungen. Kalte Betonwüsten wie der Vogesenplatz oder Rütimyerplatz, die nur dank des Wochenmarktes nicht vollständig charmelos und tot wirken, sollen zukünftig nicht das Bild im Westen prägen. Wir brauchen weniger versiegelte und dafür mehr naturnahe Grünflächen, um die Klimaerhitzung zumindest ein bisschen abzufangen für die städtische Bevölkerung. Neue Parkings (wie

dasjenige unter der Tschudimatte) lehnen wir aus diesem Grund entschieden ab. Wir wollen lebendige und grüne Gemeinschaftsflächen, denn nur eine tote Stadt ist grau. Dafür braucht es den stärkeren Einbezug der Bevölkerung bei der Gestaltung von öffentlichen Plätzen.

Und was gehört eben auch zu einem lebendigen und wohnenswerten Quartier, das an Frankreich angrenzt? Genau, mehr Zusammenarbeit über die Grenze hinweg, um genannte Probleme wie Fluglärm, Verkehrsachsen, Freizeitgärten etc. gemeinsam anzugehen und offene Grenzen und Verständigung voranzutreiben.



Sina Deiss, Co-Präsidentin Basta!,  
Grossratskandidatin in Grossbasel West

## Liste 8, Basta! in Grossbasel West

- 8.02 Beatrice Messerli (bisher)
- 8.03 Oliver Bolliger (bisher)
- 8.06 Zamira Angst
- 8.07 Sina Deiss
- 8.08 Barbara Feuz
- 8.09 Brigitta Gerber
- 8.14 Lena Nötzli
- 8.17 Magdalena Urrejola Balçak
- 8.25 Martin Flückiger
- 8.28 Kasimir Krneta
- 8.29 Finn Mück
- 8.30 Nils Mück
- 8.31 Sebastian Nötzli
- 8.32 Michel Steiner

# BastA! goes Riehen



BastA! hat in Riehen kein leichtes Spiel. Die Gemeinde mit den meisten Millionär\*innen über 65 Jahre, wählt ungern rot. Doch Reichtum ist teilbar. Das zeigen die vielen Konzernverantwortungsflaggen, die ihren Weg nach Riehen gefunden haben. Und auch, wenn es der Gemeinde und vielen Bewohner\*innen finanziell gut geht, gibt es auch in Riehen Armut und Ausgrenzung. Ein kantonaler Mindestlohn von 23 Franken und repressionsfreie Sozialhilfe unterstützen dabei, ein Leben in Würde zu führen und soziale wie politische Teilhabe an der Gesellschaft zu garantieren. Wir möchten, dass die Erfahrungen aus der Coronakrise einen Weg in die Politik finden. Viele Bereiche, die nun als systemrelevant erkannt

wurden, erfahren aber in der Praxis nicht diese Anerkennung.

### Ökologische und sozial gerechte Wende!

Wir fordern Klimagerechtigkeit ein und unterstützen die Initiative Basel 2030, denn die Zeit drängt. Banken und Pensionskassen dürfen nicht länger in fossile Energieträger investieren. Unsere Pensionskassen und Banken müssen ihren Beitrag zur Klimagerechtigkeit leisten. Auch wir tragen mit der Vision eines autofreien Basels dazu bei. Unser ÖV wird gratis, Velo und Fusswege werden ausgebaut, attraktiv und grün. Unsere Mobilität ist klimaneutral und sozial. Wir arbeiten schnell an einem Verbot von Nachtflügen und Privatjets.

Kurzstreckenflüge sind durch gute Bahnanbindung unnötig. Perspektivisch wird auch der Flughafen unnötig, weil wir andere Wege finden zu reisen und die lokale Ökonomie stärken. All das möchten wir stark machen nicht nur in Riehen, sondern im ganzen Kanton.

### Liste 8, BastA! in Riehen

- 8.04 Rita Schiavi
- 8.06 Patrick Bolzern
- 8.07 Mike Gosteli
- 8.08 Gert Hanschin
- 8.09 Ali Kahraman

# Das Kleinbasel – entschlossen solidarisch

Basel will sich ein neues Gesicht geben und das Kleinbasel soll dafür hinhalten. Von den Roche-Türmen über das Rosental bis zum Klybeckareal – von Leuchtturm-Projekten internationaler Konzerne zum Aufwertungsprojekt der Versicherungen. Wenn es in der Politik so weitergeht wie bisher, bedeutet das noch mehr Rendite-Bauten, Luxus-sanierungen und Verdrängung der Bevölkerung mit kleinem Budget aus dem Quartier. Den Konzernen wird der rote Teppich ausgerollt, während die Bewohner\*innen dieser Quartiere vergessen gehen. Als

Feigenblatt entstehen ein paar Genossenschaftswohnungen. Doch wir wollen eine andere, eine echte Veränderung: Mitbestimmung der Entwicklung durch die Quartierbevölkerung. Echten Wohnschutz statt Luxus-Türme. Einen grosszügigen Park, Liegewiesen und Badeplätze entlang der Wiese und des Rheins statt Beton. Raum für Begegnungen, Kultur und Leben statt Chemiemüll im Boden. Bäume, Sitzbänke, barrierefreie Zugänge und Spielplätze statt Parkplätze.

Das Klybeck ist das grösste Areal in Basel,

### Liste 8, BastA! im Kleinbasel

- 8.02 Tonja Zürcher (bisher)
- 8.04 Beat Leuthardt (bisher)
- 8.06 Aleksandra Despotovic
- 8.09 Franca Mader
- 8.10 Heidi Mück
- 8.13 Renée-Katharina Weber
- 8.15 Miriam Wieteska-Zimmerli
- 8.21 Nicola Goepfert
- 8.22 Felix Güthe
- 8.24 Till Kleisli
- 8.26 Patrick Vögelin

**LISTE 8**  
BÜNDNIS GRÜNE BASTA! JGB



**Zukunft jetzt!**

**OFFENHEIT LEBEN, ENTSCHLOSSENHEIT ZEIGEN**

**WÄHLE AM 25. OKTOBER 2020 3x BASTA! AUF LISTE 8**

das in den nächsten Jahren neu entwickelt wird. Die Weichen werden jetzt gestellt und in der nächsten Legislatur kann der Grosse Rat Einfluss auf die Entwicklungen nehmen. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass Konzepte für ein neues Klybeck-Areal sozial- und umweltverträglich geplant und umgesetzt werden. Der Prozess der Entwicklung muss transparent sein. Daher sollten sämtliche Informationen über die Umweltbelastungen sowie eingegangene Verpflichtungen und abgeschlossene Verträge offengelegt werden. Dies ist im Sinne aller Beteiligten. Es braucht eine echte Mitwirkung durch die Bevölkerung, die mehr ist als Anlässe zur Scheinpartizipation der Bevölkerung. Wir wollen ein Recht auf ‚Stadt für Alle‘. Ein Basel, in dem sich alle Menschen frei von Diskriminierung und Ausschliessung bewegen können. Der Zugang zu sozialen Institutionen muss vereinfacht und die Unterstützung aufgestockt werden. Die Funktion der Polizei muss überdacht werden – Racial-Profiling offen diskutiert und angegangen werden. Es braucht eine unabhängige Beschwerdestelle. Politische Proteste müssen wieder möglich sein und in einer Demokratie einen höheren Stellenwert erhalten als Marketinganlässe wie die Harley-Kläuse oder der Tattoo-Militärmarsch. Gemeinsam arbeiten wir an einer antirassistischen und sexismusfreien Gesellschaft. Als ersten Schritt sehen wir

eine kollektive Regularisierung der Sans-Papiers vor, und das Wahl- und Stimmrecht für alle Einwohner\*innen ab 16 Jahren. Zudem stärken wir die Mitbestimmung auf Quartierebene.

Das Kleinbasel ist das Zuhause verschiedener multinationaler Konzerne. Die Stadt macht es sich zu einfach, wenn sie sich auf den Steuereinnahmen dieser Konzerne ausruht. Wir müssen hinschauen, was diese auf der ganzen Welt treiben und Verantwortung dafür übernehmen. In einem globalen Wirtschaftssystem hört auch die Verantwortung nicht an den Kantonsgrenzen auf. Basel soll sich gegen Menschenrechtsverletzungen und die Umweltzerstörung durch Konzerne wie Syngenta stellen und Alternativen entwickeln. Zum Beispiel durch die Schaffung eines agrarökologischen Instituts, wie es in der Petition ‘Nicht in unserem Namen, Basel!’ gefordert wird. Wir wollen uns vom Credo des Wachstums verabschieden, und uns von grün gestrichenen Wachstumsprojekten nicht täuschen lassen. Deshalb setzen wir uns gegen den Ausbau des Hafenbeckens 3 ein. Um die Klimakrise noch zu stoppen, ist Basel auf echte und wirksame Massnahmen angewiesen, daher setzen wir uns für Klimagerechtigkeit (Initiative Basel2030) ein. Der Import über den Basler Hafen und den Flughafen muss

drastisch reduziert werden. Der motorisierte Individualverkehr hat in einer Stadt der Zukunft nichts zu suchen, dafür soll der öffentliche Nahverkehr für alle gratis sein. Alle künftigen Gesetze müssen auf das Ziel von Netto 0 (CO2) geprüft und sozialverträglich umgesetzt werden. Ein nachhaltiges Leben darf kein Luxusprodukt sein.

Wir wollen Basel als Raum verstehen, den wir gemeinsam bewohnen und nach unseren Bedürfnissen gestalten. Ein Ort, an dem Offenheit gelebt wird und alle Bewohner\*innen als Teil der Gesellschaft anerkannt werden. Unabhängig von ihrem Einkommen oder dem Aufenthaltsstatus. Ein Ort, an dem wir entschlossen gegen Sexismus, Rassismus und andere Diskriminierung kämpfen. Denn die Vielfalt ist das, was das Kleinbasel ausmacht.

Eine andere Welt ist möglich. Beginnen wir heute damit!



Nicola Goepfert, Grossratskandidat im Kleinbasel

# Grossbasel Ost - Eine andere Welt ist möglich.



Grossbasel Ost steht vor enormen Veränderungen: rund um den Bahnhof wird Grosses geplant, auf dem Dreispitz futuristische Hochhäuser, beim Walkeweg ein neues, in sich geschlossenes Quartier – oft ohne Rücksicht auf Bestehendes und Naturschutz. Wir wollen, dass das Gundeli besser an die Stadt angebunden, aber nicht gentrifiziert wird, Freiräume zum Leben entstehen, bestehende Strukturen und Bebauungen erhalten und in die Planung miteinbezogen werden. Wir wollen, dass die dominante Auto-Strasseninfrastruktur im Gellert und der Breite zugunsten besserer Fuss- und Veloanbindungen zurückgebaut wird. Wir sehen eine Welt, in der neue Quartiere nicht in der Retorte, sondern mit den dort lebenden Menschen geplant werden, wo Wohnschutz ernst genommen wird und Lebensräume nicht zerstört, sondern miteinander vernetzt werden und sich ergänzen. Wir wollen durchmischte, lebendige Quartiere mit bezahlbarem Wohnraum. Wir streiten dafür, dass in Basel endlich jeder Mensch ein Dach über dem Kopf hat und müssen bestehenden, bezahlbaren Wohnraum schützen, indem wir ungerechtfertigte Luxussanierungen verhindern und zugleich das Angebot an gemeinnützigem Wohnraum ausbauen.

## Ein gutes Leben für alle!

In Basel sollen alle Menschen in Würde leben können. Sozialhilfe und Existenzsicherung werden ausgebaut und

müssen repressionsfrei werden. Doch nicht nur der Staat ist in der Bringschuld zur Armutsbekämpfung: Eine kantonale Erbschaftssteuer unterstützt die Finanzierung sozialer Sicherheit, ausserdem wollen wir eine höhere Besteuerung von grossen Vermögen und Unternehmensgewinnen. Ein Mindestlohn von 23.- Franken soll vor Armut trotz Arbeit schützen und eine öffentliche, einkommensabhängige Krankenkasse gegen ständige Prämienhöhungen.

## Basel feministisch denken!

Wir möchten, dass die kantonale Ausgabenplanung um Gender-Budgeting ergänzt wird. Damit wollen wir geschlechtsspezifische Auswirkungen öffentlicher Ausgaben sichtbar machen. Es braucht Tagesbetreuungsstrukturen als Teil des Service Public mit guten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen und nahegelegene Grünflächen, auf denen Kinder spielen, und sichere Schulwege.



Patrizia Bernasconi, Geschäftsleiterin MV Basel, Grossratskandidatin Grossbasel Ost

## Liste 8, Basta! in Grossbasel Ost

- 8.04 Patrizia Bernasconi
- 8.05 Dora Borer
- 8.08 Mariann Gloor
- 8.09 Diana Göllrich
- 8.10 Carolina Hutmacher
- 8.12 Christina Klausener
- 8.13 Marianne Meyer-Lorenceau
- 8.15 Monika Nobel
- 8.23 Bernhard Itschner
- 8.26 Andreas Vincenzi
- 8.27 Jonas Zurflüh

# #Klimaboss

Jung. Sozial. Netto 0. Das junge grüne Bündnis nordwest (jgb) ist bereit für den Grossratswahlkampf und möchte das Basler Parlament jünger, offener, umweltfreundlicher und sozialer machen. Neben unseren zwei bisherigen Grossrätinnen, Jo Vergeat und Raffaella Hanauer, kandidieren weitere 15 engagierte jgbler\*innen, zwischen 19 und 28 Jahren in allen vier Wahlkreisen.

Uns Kandidierende vereint das Ziel, uns im Basler Parlament für eine lebenswerte Stadt für alle einzusetzen. Insbesondere die Forderung nach einer klimagerechten Politik, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung und ihrer zukünftigen Generationen ausrichtet, ist ein zentrales Anliegen. Einen Systemwandel braucht es jetzt, und wir sind bereit dafür!

Ausserdem wollen wir uns konsequent für eine starke Demokratie einsetzen. Nicht nur das geforderte Stimmrechtsalter 16 sowie mehr Gehör für die Jungen im Parlament sind uns dabei wichtig, sondern auch die Meinungen aller in Basel lebenden Menschen muss genügend Platz finden.

Wir wollen Verantwortung übernehmen,

mutig sein, weiterdenken, Ideen aushandeln und Lösungen finden. Wir sind bereit, den Politbetrieb weiter aufzufrischen und mit unserem jung-grünen Engagement zu bereichern. Raffaella und Jo beweisen schon jetzt deutlich, wie gut und wichtig auch in der überparteilichen Arbeit junge Parlamentarier\*innen sind.

Mit unserer Kampagne #KlimaBoss wollen wir gezielt auch diejenigen abholen, die denken, Politik ist etwas für alte Hasen. Wir wollen zeigen, dass wir uns mit Ideen, Überzeugungen und Handlungsvorschlägen konsequent und authentisch für unsere Zukunft einsetzen und dabei auch der Spass und die menschlichen Aspekte nicht zu kurz kommen.

Um all diese Ziele zu erreichen, gilt es, vor allem auch die jungen Menschen mit ihrer Sorge um die Umwelt und die Zukunft abzuholen und mit ihnen eine Stadt für unsere #ZukunftJetzt zu entwickeln. Diese soll autofrei und emissionsarm sein und ihre Verantwortung gegenüber der Welt wahrnehmen. Sie soll lokale Produkte und Ökonomien fördern, eine lebendige und vielfältige Kulturszene beherbergen und

dank einer gerechten Wohn-, Bildungs- und Sozialpolitik eine Stadt für alle sein. Nur gemeinsam kommen wir weiter, gerade auch mutige Schritte brauchen frischen Wind in der Politik. Wir sind bereit und freuen uns, den Wahlkampf aufzufrischen und uns engagiert, mutig und couragiert für unsere Zukunft einzusetzen.



## ARMUT

# Stoppt die Hetze gegen Bettelnde!

**Armut als Wahlkampfthema ist nichts neues. Doch die Art und Weise, wie seit einigen Wochen sichtbare Armut in Basel aufgegriffen wird, hat einen Tiefpunkt erreicht. Armut und ihre sozialen Folgen werden kriminalisiert. Flankiert wird diese Verachtung mit rassistischen und antiziganistischen Ressentiments, die schliesslich auch zu gewaltsamen Übergriffen gegen Bettelnde führten. Aus diesem Grund haben wir uns entschieden, unsere Resolution an dieser Stelle zu veröffentlichen und möchten nochmal daran erinnern, dass Armut eben auch die Konsequenz globaler, ungleicher Vermögensverteilung ist.**

Wir sind erschüttert darüber, mit welcher Wortwahl Vertreter\*innen rechter Parteien und Verbände gegen Menschen hetzen, die durch Betteln ihre prekäre finanzielle Situation zu verbessern versuchen. Da werden Bettler\*innen als «Unrat» betitelt oder es wird faktenwidrig von «Horden»

gesprochen, die sich «wie eine Plage» verbreiten. Wer nun mit solch aggressiven Worten gegen bettelnde Menschen aus Rumänien hetzt, zeigt nicht nur einen äusserst problematischen Umgang mit Minderheiten und Armutsbetroffenen, sondern auch mit der Demokratie. Die Stimmberechtigten haben vor nicht mal einem Jahr der Abschaffung des allgemeinen Bettelverbots deutlich zugestimmt.

Jeder Mensch muss das Recht haben, andere Menschen um Hilfe zu bitten, um die eigene Armut und die von Familienangehörigen zu lindern. Dabei ist es jeder Person selbst überlassen, ob sie Geld gibt oder nicht. Es ist nachvollziehbar, dass das Betteln manchmal stört. Es ist aber vollkommen unverhältnismässig und einer offenen Gesellschaft unwürdig, alles Störende oder Lästige verbieten zu wollen.

Die menschenfeindliche Skandalisierung von Armutsbetroffenen im Rahmen des Wahl- und Abstimmungskampf vergiftet die

## ABSTIMMUNG

### Parolen vom 27. September in Kürze

NEIN zur Volksinitiative vom 31. August 2018 «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungs-initiative)»

NEIN zur Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG)

NEIN zur Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)

JA zur Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterchaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie»)

NEIN zum Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Gesellschaft. Anstatt sich den Ursachen der Armut anzunehmen und ausbeuterische Arbeitsbedingungen oder durch die Schweiz geförderte Steuervermeidung von Konzernen zu kritisieren, will man Symptome aus unserer Wahrnehmung verdrängen und Armutsbetroffene kriminalisieren.

Diese Hetze bleibt nicht wirkungslos und ist alles andere als harmlos. Aggressionen gegenüber Bettler\*innen und Menschen, die ihnen Geld geben, nehmen zu. Wer mit aggressiven und herabwürdigenden Worten Stimmung gegen Menschen macht, trägt eine Mitschuld daran.

Obwohl es keinerlei Beweise für bandenmässiges Betteln gibt, wird von den Hetzer\*innen einfach behauptet es sei so. Dieser Mythos wird auch medial verbreitet. BastA! kritisiert das verantwortungslose Handeln dieser Medien und schätzt die Recherchearbeit derer, die den Dialog mit

den betroffenen Menschen suchen und den Mythos der «Bettelbanden» widerlegen konnten.

Zudem ist es inakzeptabel, dass die Polizei Bettler\*innen das Geld wegnimmt, obwohl Betteln legal ist und kein bandenmässiges Betteln nachgewiesen wurde. Baschi Dürr ist verantwortlich dafür, das geltende Gesetz in seinem Departement durchzusetzen.

BastA! fordert eine faktenbasierte Diskussion und mehr Respekt vor Menschen und ihrer Lebensgeschichte. Wer bettelt, macht das nicht zum Vergnügen.

#### Zum Hintergrund

Das allgemeine Bettelverbot wurde durch einen Entscheid der Stimmbevölkerung vom November 2019 aufgehoben. Verboten bleibt das bandenmässige Betteln, wobei es nicht genügt, einfach zu behaupten es sei eine Bande. Der Entscheid ist ein

Kompromiss. BastA!, Grüne und SP wollten das Bettelverbot ganz aufheben. Nachdem dies in der Justizkommission keine Mehrheit fand, entschied sich der Grosse Rat für den Kompromiss, der Betteln grundsätzlich legalisiert. Gebüsst werden soll nur noch, wer andere Personen zum Betteln schickt oder als Mitglied einer Bande bettelt. Damit wurde der Befürchtung entsprochen, dass ohne ein solches Verbot, «insbesondere Frauen und Kinder gezwungen werden, für Hintermänner zu arbeiten, denen sie einen Teil des erbettelten Geldes abgeben müssen». Zwar wird dies bereits durch andere Strafnormen, wie Nötigung und Menschenhandel erfasst. Es ist also eigentlich unnötig, es auch im kantonalen Übertretungsstrafgesetz festzuschreiben. Zudem ist fraglich, ob es solche Bettelbanden überhaupt gibt.

*BastA! Koordination, 24. August 2020*

## Betteln und Verbote - eine Polemik

Es ist unübersehbar und -verschämt: wie jeden Sommer wird an allen Ecken dieser Stadt gebettelt!

Auf dem Claraplatz versuchen charismatische junge Erwachsene, eine Unterschrift für einen Dauerauftrag für die Rettung der Pandabären zu ergattern. Oder für Kinder mit tränendem Kullerauge. Oder doch eher für ein Handyabo?

Auf ebenjenes Handy (woher haben die bloss so schnell die neue Nummer bekommen?) rufen dann ständig Damen und Herren aus den Callcenters in aller Welt an und bitten um einen Krankenkassenwechsel oder die Meinung zu einem halbrelevanten Thema.

Der Gang durch die Innenstadt: ein Spiessrutenlauf zwischen Wahlplakatständern und ihren leibhaftigen Ebenbildern, welche mit Schlag-Worten ebenfalls minderer Relevanz inständig um ein Kreuzchen neben ihrem Namen betteln. Oder um eine stimmberechtigte Unterschrift auf einem Initiativreferendumpetitionsbogen für die Abschaffung eines soeben angeschafften Gesetzes.<sup>1</sup>

Da lob ich mir doch die subtilere Geldsammelmethod der Polizeibeamt\*innen, welche systematisch, diskret und wortkarg ihre Einzahlungsscheine unter Scheibenwischer klemmen. Allerdings versäumen sie deswegen, weitaus wichtigere Aufgaben wahrzunehmen. Zum Beispiel auf den

städtischen Wildcampingplätzen für Ruhe und Ordnung zu Sorgen. Jetzt, wo nach der Krise jede\*r Tourist\*in die arg gebeutelten Kurzarbeitskässeli füllen soll und deshalb besonders zuvorkommend gehätschelt werden muss.

Blinkende Leuchtreklamen, Pop-ups beim Surfen, Wurfendungen im Briefkasten trotz Stopp-Werbung-Kleber, Littfasssäulen auf Trottoirs, Gratismusterli auf der Bahnhofs-passierelle: sie alle betteln um Aufmerksamkeit und einen Teil unseres Portemonnaies oder Bankkontos.

Und psst, ganz unter uns: ein Teil meines Stellenprofils ist das Fundraising, also «Maßnahmen mit dem Ziel der Akquise von Mitteln für gemeinnützige Organisationen und soziale Projekte.» Betteln ist also mein Beruf. Genauso wie es der Beruf von Ludovic ist, welcher mit seinem Clan für ein paar Wochen am Wettsteinplatz genächtigt hat, um einen minimalsten Teil unseres Wohlstands an eine soziale Organisation, nämlich seine Familie, umzuverteilen.



*Michel Steiner, Gassenarbeiter beim Schwarzen Peter, Grossratskandidat Grossbasel West*

<sup>1</sup> Doch, so was gibt es tatsächlich: Das allgemeine Bettelverbot wurde durch einen Entscheid der Stimmbevölkerung vom November 2019 aufgehoben. Verboten bleibt das «bandenmässige Betteln». Am 1. Juli trat das neue Übertretungsstrafgesetz (ÜStG) in Kraft und bereits einen Monat später, mitten im medialen Sommerloch und am Anfang des Wahlkampfes wurde gefordert, das Bettelverbot wieder einzuführen. Abgesehen vom fragwürdigen Demokratieverständnis derer, die sonst gerne auf dem «Volkswillen» beharren, wird hier Stimmung gemacht gegen und auf Kosten von Menschen am untersten Rand der – hier europäischen – Gesellschaft. Dabei wäre ja auch das revidierte ÜStG bereits fremdenfeindlich und antiziganistisch genug, wird doch explizit das Bild von mafiösen Bettelbanden gezeichnet, welches in allererster Linie auf Roma zielt. Dass Familien nicht das gleiche wie kriminelle Vereinigungen sind und dass die Mythen vom Bettelboss nachweislich nicht stimmen, interessiert offensichtlich nicht.

Betteln kann störend sein, die Sichtbarkeit von Armut ebenfalls. Diese Probleme lassen sich aber nur lösen, indem Ursachen der Armut und nicht die Armutsbetroffenen bekämpft werden.